

## 2-Klassen-Bildung

Die OECD, Auftraggeber und spiritus rector der weltweiten Untersuchung über Schüler\_innenleistungen, nimmt in undemokratischer Weise Einfluss auf die Bildungspolitik

Der Hauptakteur, der seit über 15 Jahren auf die Bildungspolitik Einfluss nimmt, ist eine Organisation, die nicht demokratisch legitimiert ist: die OECD.

In der OECD, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, haben sich die 34 reichsten Industriestaaten zusammengeschlossen. Man kann sie als „Club der Reichen“ bezeichnen. Sie schaffen einflussreiche Gruppen, die die politischen Tagesordnungen beeinflussen. Sie sprechen Politikempfehlungen für Regierungen aus. Sie beeinflussen die internationale Bildungspolitik, insbesondere durch weltweite Schulleistungstests.

Die bekannteste Studie, die seit 2000 unter der Federführung der OECD weltweit durchgeführt wird, ist unter dem Namen PISA bekannt. Eine Aussage der ersten PISA-Studie 2001 bleibt: In keiner anderen vergleichbaren Industrienation der Welt ist die Abhängigkeit von sozialer Herkunft und Bildungserfolg so groß wie in Deutschland. Dies Ergebnis wird nicht nur durch die PISA-Studien immer wieder bestätigt, sondern auch andere internationale Studien belegen dies immer wieder. Der Bildungserfolg ist auch nach 15 Jahren weiterhin vom sozialen Status abhängig. Bevor die neueste PISA-Studie (6.12.16) herauskam, war die KMK-Präsidentin Claudia Bogedan noch der Meinung, dass die Studie die Qualität von Bildungsprozessen nicht abbilde, dazu bräuchte es tiefere Einblicke. Das führt aber

nicht dazu, dass die Politik darauf dringt, diese – immer wieder dieselben Ergebnisse feststellende – Testerei endlich sein zu lassen.

Stattdessen wird das Testwesen weiter ausgeweitet; es hat inzwischen einen enormen Markt geschaffen. Institute, Universitäten, Stiftungen usw. beteiligen sich daran, denn damit kann eine Menge Geld verdient werden. So freut sich z.B. das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung, kurz DIPF, darüber, für die nächste PISA-Studie 2018 in Deutschland den Zuschlag bekommen zu haben. Es arbeitet mit dem US-Unternehmen „Educational Testing Service“ (ETS) zusammen. Und zur Vorbereitung der weltweiten Tests hat die KMK seit 2006 im Rahmen der Gesamtstrategie zum Bildungsmonitoring und zur Überprüfung der Bildungsstandards entschieden, ebenfalls regelmäßig zu testen. Der IQB-Bildungsbericht wird von der Humboldt-Universität durchgeführt. Dies sind die Profiteure der Testeritis!

Konsequenzen und Maßnahmen, die einem anderen Unterrichts, die den Schüler\_innen und Kolleg\_innen, den Schulen helfen würden, werden aus angeblichem Geldmangel nicht vollzogen bzw. ergriffen. Schon beim ersten PISA-Test schnitten Schulsysteme, in denen lange gemeinsam gelernt wird, viel besser ab. Die Kritik an der selektiven Schulstruktur in Deutschland wird von den politisch Verantwortlichen nicht

aufgenommen. Für sie ist der am weitestgehende Gedanke das sogenannte „Zwei-Säulen-Modell“. Als GEW sehen wir uns in der Forderung nach „Einer Schule für alle“ bestätigt.

Auch wenn es einzelne Aspekte der PISA-Studie oder anderer Studien gibt, die unsere grundsätzlichen Positionen bestätigen, ist an der Bildungspolitik der OECD deutlich Kritik anzumelden. Sie orientiert sich maßgeblich am Konzept der „Beschäftigungsfähigkeit“ (Employability) im Arbeitgeberinteresse und damit an einer profitorientierten Verwertbarkeit des menschlichen Arbeitsvermögens. Im neuen Rahmenplan der OECD für Bildung 2030 heißt es: well functioning adults – gut funktionierende Erwachsene sollen dabei herauskommen. Irgendwie sollen diese Erwachsenen auch sozial sein, sie sollen sich sozial engagieren, am besten noch ein Ehrenamt ausüben. Das kostet den Staat weniger und es lässt sich sogar noch von ihnen profitieren. Die OECD hat in ihrem Bildungsplan 2030 keinen Platz für Menschen- und Arbeiterrechte! Aber genau dies sind die Ziele der GEW: Bildung als Menschenrecht und unverzichtbare Grundlage für die Entwicklung und Teilhabe in einer demokratischen und solidarischen Gesellschaft mit dem Ziel der Mündigkeit und Selbstbestimmung aller Menschen.

Die OECD hat durch ihre Testverfahren nicht nur zu einem „teaching for testing“ geführt, sondern zu einer Umschreibung sämtlicher Rahmenpläne auf Kompetenzorientierung hin. Kritiker beurteilen die Kompetenzorientierung als ein didaktisches Konzept ohne Didaktik, d.h. es bietet keinen Aufschluss über das eigentliche Unterrichten. Dies führt zu einer Praxis im Unterricht, bei der die Inhalte beliebig sind. Die Entfachlichung führt zu einer Deprofessionalisierung des Lehrberufs. Es

fließen verstärkt ökonomische Inhalte in den Unterricht ein. Dies widerspricht dem Emanzipations- und Teilhabegedanke an der Gesellschaft, den die GEW in den Mittelpunkt stellt!

So konnte eine Bildungspolitik Einzug halten, die zu kennzahlengestützten Standardisierungen, zu Budgetierung, Ranking, Wettbewerb und Konkurrenz im Bildungssystem führt. Auch unter diesem Aspekt ist 2003 die Rückstufung der Eingangsbesoldung von Grund- und Mittelstufenlehrkräften auf A12 bzw. E11 zu betrachten. Damit wurde die Konkurrenz auch innerhalb der

Kollegien geschürt.

Die OECD hat auf alle Bildungsbereiche Einfluss genommen. Im Hochschulbereich hat das OECD-System ebenfalls Einzug gehalten: Bologna-Prozess, Bachelor und Master, ECTS-Points usw.

Neu ist der KiTa-Bereich: Jetzt beginnen erste Feldtests in der Frühkindlichen Bildung, die 2017/18 im größeren Stil weitergehen sollen. Selbstregulation, Sprechen und Kommunikation, frühe mathematische Kenntnisse, Feinmotorik, Konzentrationsfähigkeit, Empathie und Verantwortungsgefühl sind dabei die

Stichworte. Es ist zu vermuten, dass dahinter die Vorstellung von „well functioning kids“ steht, die dabei herauskommen sollen.

Auf allen Ebenen mischt sich die OECD in die Bildungspolitik ein, ohne dass sie legitimiert ist. Bildungspolitik muss von demokratisch gewählten Institutionen verantwortet werden, nicht von der OECD. Bildungspolitische Entscheidungen vor Ort bedürfen der Mitwirkung und Mitbestimmung aller. Bildung ist ein Menschenrecht!

ANJA BENSINGER-STOLZE, GEW  
Vorsitzende Hamburg

## BESOLDUNG

### Neuer Bündnispartner?



Foto: GEW

Die GEW Hamburg hat eine Unterschriftenaktion zu der Forderung „Ich habe A13 verdient und will es jetzt auch haben!“ abgeschlossen und die Unterschriften von gut 1500 Betroffenen an die Schulbehörde übergeben. V.l.n.r.: Carsten Arnheim (Mitglied im GPR), Landesschulrat Torsten Altenburg-Hack, Matias Töpfer (Mitglied im Vorstand des GPR), Sven Quiring (2. stellvertretender Vorsitzender der GEW), Anja Bensinger-Stolze (Vorsitzende der GEW), Dirk Mescher (Geschäftsführer der GEW), Bine Bielefeld (GS-Lehrerin)

Die GEW verlangt, dass der Beruf der Grundschullehrerinnen aufgewertet wird und die Lehrerinnen deutlich besser als bisher bezahlt werden. Dabei schien unser Landesschulrat Torsten Altenburg-Hack (Zweiter von links) unserer Forderung durchaus zugeneigt. Hoffen wir mal, dass er den Senator oft genug im richtigen Moment daran erinnert.

„Der Grundstein für gute Bildung wird bei den Kleinsten gelegt – trotzdem erkennt Deutschland

die wertvolle Arbeit der Grundschullehrer\_innen immer noch nicht ausreichend an. Nicht zuletzt mit der Inklusion sind die Anforderungen an die pädagogische Arbeit an Grundschulen kontinuierlich angestiegen. Entsprechend ist das Anforderungsprofil an die Grundschullehrer\_innen hoch – darum machen sie sich jetzt gemeinsam für die materielle Anerkennung ihrer professionellen Arbeit stark“, so Anja Bensinger-Stolze, Vorsitzende der GEW Hamburg.

Aus: PE der GEW v. 29.11.2016/JG